

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Anzeigen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die halbpaltene Nonpareilgröße oder deren Raum mit 50 Pfg., die Restzeile mit Mk. 1.50 berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Beitreibung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878.

Druck und Verlag: Müller'sche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten.

Begründet 1878

Nr. 74

Nastätten, Samstag, den 25. Juni 1921

44. Jahrgang

Die Besitzsteuern.

Es ist sehr erklärlich, daß alle diejenigen, die durch die wirtschaftliche Entwicklung und durch die steigenden Abgaben eine erhebliche Einbuße an ihrem Vermögen erlitten haben, mit Sorgen den neuen Projekten über die Einführung weiterer Besitzsteuern, sowie Zwangs-Hypotheken auf Grundbesitz und Gewinnbeteiligung des Reiches an den Betriebseinnahmen entgegenstehen. Es ist aber anzunehmen, daß es auch hier heißen wird, nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Es muß die Frage beantwortet werden, ob die neuen Abgaben in der bisher erörterten Form möglich sind, und diese Frage scheint von der Mehrheit der deutschen Volkstretung nicht bejaht zu werden. Wenn es hierüber zu einer Meinungsverschiedenheit kommt, so liegt es nahe, daß die deutschen Wähler zur Entscheidung aufgerufen werden, das heißt, es ist nicht ausgeschlossen, daß es im Herbst zur Ausschreibung von Neuwahlen kommt.

Wir haben in Deutschland noch immer Anruhen genug, als daß wir eine Auflösung des Reichstages mit Freuden begrüßen könnten. Der Wahlkampf würde sehr heftig sein und allen Zwischenfällen Tür und Tor öffnen, so daß die Interessen des Nährstandes nicht wenig geschädigt werden könnten. Wenn sich also eine Einigung über die Steuerangelegenheiten erzielen läßt, ist diese gewiß einer Wahlkandidatur vorzuziehen. Es muß sich zeigen, ob wir uns so weit wieder auf uns selber besonnen haben, daß wir alle den Wahlspruch des preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald annehmen können, erst Deutscher und dann Parteimann! Und die Frage der Erhaltung eines deutschen Nationalvermögens ist doch in der Tat weit mehr als eine Parteifrage, es ist eine deutsche Angelegenheit, eine Volkssache.

Die Beunruhigung, die solche Steuerpläne hervorrufen müssen, ist schlimmer als die Entscheidung selbst, denn sie lähmt Tatkraft und Unternehmungslust. Der Kampf, welchen der Gewerbetreibende und die Wirtschaftstätigkeit mit Abgabenerhöhung und verringerter Kaufkraft zu führen haben, verleiht keine Verschärfung durch solche Pläne, die mehr der Phantasie, als der genauen Berechnung entspringen. Wer die tatsächlichen Verhältnisse des Nährstandes betrachtet, der kann keine Experimente dulden, die eine Verschiebung unserer Solidität herbeiführen müssen. Wenn die finanzielle Notlage des Deutschen Reiches zu außerordentlichen Maßnahmen zwingt, so haben die letzteren ihre Begründung in der wirtschaftlichen Kraft der Bevölkerung.

Ueber die Kombinations-Politik hinaus geht die Macht der Tatsachen. Die Notwendigkeit, das Geld aufzubringen, zu dessen Zahlung uns das Londoner Ultimatum verpflichtet, verführt leicht dazu, nach Vorschlägen zu greifen, welche als die einfachsten erscheinen, während sie in Wahrheit doch sehr schwierig sind. Auch die Einkommensteuer und das Notopfer erschienen verhältnismäßig leicht zu verwirklichen, und jetzt nimmt das Herumdoktern daran sein Ende. Noch einmal dürfen wir uns diesen Steuer-Sport nicht erlauben, der Steuerzahler ist heute der leidendste Mann in Deutschland, und es könnte eines Tages passieren, daß er aufhört, ein kranker Mann zu sein, und keine Medizin mehr gebraucht, weil er mit seinem Dasein abgeschlossen hat.

Londoner Saison.

In der englischen Hauptstadt steht das gesellschaftliche Leben, das einen sehr großen Einfluß auf die politische Tätigkeit ausübt, auf seinem Höhepunkt. Am Hofe finden glänzende Empfänge statt, und die in England so zahlreiche und trotz des demokratischen Zuges der Zeit so hoch verehrte vornehme Aristokratie veranstaltet in ihren Londoner Palästen prunkvolle Festlichkeiten. Die Zeitungen berichten über diese Veranstaltungen nicht weniger genau, als über die politischen Ereignisse, und die stolzen und freien Briten haben zurzeit keinen größeren Ehrgeiz, als zu diesen Schaustellungen zugelassen zu werden, bei denen durch eine rote Schnur in den Gesellschaftsräumen diskret, aber deutlich die Grenze markiert wird, welche die Hofgesellschaft von den übrigen Geladenen trennt. Die Etikette ist es, die gegenwärtig die Metropole des britischen Weltreiches regiert. Und auch dem selbstbewußten Lloyd George

bleibt nichts übrig, als sich diesen gesellschaftlichen Geboten zu unterwerfen.

Die hohe Aristokratie mit dem König an der Spitze hat trotz aller Parlamentarierregierung in London einen viel größeren Einfluß auf die Politik, als man in Europa glaubt. Denn nicht nur stammt eine sehr große Zahl von Abgeordneten aus den Adelkreisen, viele Mitglieder der Regierung und der Staatsverwaltung sind den ersten Familien des Landes entnommen. Besonders sind es die jüngeren Söhne dieser Häuser, für welche die gut bezahlten Posten reserviert werden. Man darf allerdings nicht annehmen, daß deshalb geringere Arbeit geleistet wird, jeder Engländer ist schließlich ein geborener Geschäftspolitiker, und in auswärtigen Angelegenheiten gibt es ja überhaupt in London keine Meinungsverschiedenheiten, sondern nur das einzige Ziel, die britischen Interessen unter allen Umständen zu wahren. Lloyd George war zu Beginn seiner Laufbahn ein starker Gegner des englischen Hochadels; er hat längst seinen Frieden mit den Herzögen, Grafen und Baronen gemacht.

Im letzten Vierteljahrhundert hat sich die Lebenshaltung dieser gesellschaftlich und politisch maßgebenden Kreise in England geändert. Verrichte früher die solide, fast puritanische Einfachheit vor, so hat seitdem der Luxus der amerikanischen Vielmillionäre den neuen großen Einfluß ausgeübt. Man wollte in London nicht hinter den Dollarfürsten und Diamanten-Prinzessinnen aus Amerika zurückbleiben. Der König Eduard ist es gewesen, der den englischen Hochadel für die Spekulation in südamerikanischen Goldminen interessierte und selbst in seiner Teilnahme an den Gründungen von Cecil Rhodes ein Beispiel gab. In diesem Verhalten lag der erste Grund zum Burenkrieg. Und auch die spätere britische Politik ist von den Interessen dieser Kreise, die viel Geld gebrauchen, beeinflusst worden. Hochadel und Großfinanz stellen in Großbritannien nicht Gegenfätze dar, sondern sie arbeiten wesentlich Hand in Hand. Das hat Deutschland im Weltkriege erfahren.

Bis heute sind die Erwartungen, welche dieses England an den Weltkrieg knüpfte, nicht erfüllt worden. Ganz Europa, nicht etwa nur Deutschland, ist in seiner Entwicklung gelähmt worden, und der Goldstrom, der zur Themse fließen sollte, ist durch die Streitereien mit Frankreich sehr schmal geworden. Man sieht deshalb in der heutigen Londoner Saison keine frohen Gesichter, denn statt der vor 1914 eingebildeten deutschen Frage gibt es jetzt in Europa und in Asien unentschiedene Fragen, die die britischen Interessen viel stärker schädigen, als dies Deutschland jemals hätte tun können. Die Ungeduld und das Mißbehagen, welche die leitenden Kreise Englands erfüllen, haben sich unverkennbar in Lloyd Georges letzten Reden ausgesprochen. Er will eine Verständigung herbeigeführt wissen, aber er weiß nicht, ob eine solche Einigung von Dauer ist und nicht bald wieder neue Differenzen zeitigen wird. Die einzelnen Ententestaaten stehen heute unter dem Zeichen der Begehrlichkeit. Je mehr einer hat, desto mehr will er noch. Und in London wird erst recht viel Geld gebraucht, die Saison, das ganze moderne Leben kostet in seinem neuen Zuschnitt gewaltige Summen. So erklärt sich in der Politik mancherlei aus einfachen menschlichen Voraussetzungen.

Das größere England.

Eröffnung der britischen Reichskonferenz.

Die erste Sitzung der britischen Reichskonferenz, an der die Premierminister aller Kolonien teilnahmen, eröffnete Lloyd George mit einer ausführlichen Rede, in der er etwa folgendes ausführte:

Die Konferenz fällt in eine Zeit großer Erregung in- und außerhalb des Reiches, die große staatsmännliche Geduld erfordert. Man könne aber hoffen, daß die Welt aus dem Unruhen herauskommen werde. In erster Linie müsse Frieden werden. Zwei Fragen hätten besonders viel Besorgnis erregt, die Entwaffnung Deutschlands, die jetzt bis auf wenige irreguläre Formationen in Bayern durchgeführt sei und ein gelöstes Problem genannt werden könne, und die durch die Reparationen geschaffene Frage, wie die Zahlungen von einem Land in das andere überführt werden könnten. Auch in dieser Frage habe man nach unsäglichen Schwierigkeiten eine Lösung gefunden, die Deutschland angenommen habe und der die Alliierten zustimmen könnten. Rest beständen nur noch

zwei Schwierigkeiten:

die Grenzregulierungen Polen gegen Litauen und Oberschlesien und der Frieden mit der Türkei. Ehe diese Fragen nicht gelöst seien, könne man nicht von einer Wiederherstellung des Friedens reden. Auch bezüglich des Wiederaufbaues sei man nicht weiter gekommen. Das könne man nur durch die Annahme und die gemeinsame Erzwingung von Verträgen erreichen, bei der man vielleicht noch einige Milderungen treffen könne.

Das britische Weltreich sei völlig auf Interessengemeinschaften und Verträgen aufgebaut, deren Nichtinhaltung die ganze Zivilisation zerstören könne. Lord Curzon solle gebeten werden, der Konferenz einen Ueberblick über die auswärtige Politik zu geben.

Das Riesendefizit.

Der Etat für 1921 vor dem Reichsrat.

In seiner letzten Sitzung genehmigte der Reichsrat den Beschlüssen über die Rechtsverhältnisse der ehemaligen Elsaß-Lothringischen Beamten und den Entwurf einer Befoldungsordnung für die früheren Elsaß-Lothringischen Landesbeamten, sowie eine Anzahl Nachtragsetats. Unter anderem wurden in den Etat des Arbeitsministeriums für die Erwerbslosenfürsorge weitere 200 Millionen Mark eingestellt, so daß die Gesamtausgaben im Etatjahr 1921 für diese Zwecke sich auf 1200 Millionen belaufen. Ferner wurden im Etat des Ernährungsministeriums für das laufende Wirtschaftsjahr zur Verbilligung von Auslandsgetreide und Mehl noch 2,5 Milliarden bewilligt.

Für 160 Milliarden Deckung zu suchen.

Hierzu hob der Berichterstatter zum Hauptetat, Ministerialdirektor Sachs (Preußen), hervor, daß durch diese Nachtragsetats Mehrausgaben in Höhe von 17,7 Milliarden entstehen. Der Gesamtbetrag des Etats für 1921, einschließlich der Betriebsverwaltungsleistungen, beträgt 49,3 Milliarden. Sollen die Reparationsleistungen voll erfüllt werden, so beträgt der Jahresbedarf 108 Milliarden Papiermark. Dazu kommt der gesamte Fehlbetrag von 1921 mit 59,5 Milliarden unter Binzurechnung des Fehlbetrags des außerordentlichen Etats. Vorausgesetzt, daß der Kursstand der Mark sich nicht ändert, müßte also für 159,5 Milliarden Deckung gefunden werden.

Der Lohnabzug.

Der Reichsrat nahm dann noch den Beschlüssen über die Lohnsteuer an. Danach ist bei Einkommen bis 24000 M. die Steuer durch den Lohnabzug von 10 Prozent als getilgt anzusehen, und nur bei einem höheren Einkommen findet eine besondere Veranlagung statt. Die Verrechnung der einbehaltenen Beträge gegenüber der endgültigen Steuer erfolgt später.

Regierung und Oberschlesien.

Vertagung der Regierungserklärung.

Das Reichskabinett beschäftigte sich Dienstag eingehend mit der ober-schlesischen Frage. Man beschloß im Einverständnis mit den Reichstagsfraktionen, die Beantwortung der Reichstagsinterpellation über Oberschlesien noch zu vertagen und eine neue Regierungserklärung über Oberschlesien vorläufig zu unterlassen, weil:

1. nach den letzten vorliegenden Auslandsnachrichten es ziemlich feststeht, daß noch keinerlei Vereinbarungen zwischen England und Frankreich zu ungunsten Deutschlands zustande gekommen sind,
2. weil durch neue Vorschläge des Generals Hofer an General Benneder vielleicht eine neue Verhandlungsbasis gefunden ist, die zur Säuberung Oberschlesiens führen könnte, so daß es jedenfalls räthlicher sei, zunächst noch ein Stück der nächsten Entwicklung überblicken zu können.

Eine Regierungskommission für Oberschlesien.

Man beschloß ferner, eine aus Regierungsvertretern und Parlamentarierern zusammengesetzte Kommission nach Oberschle-

sien zu entsenden, die die Lage in Oberschlesien studieren und mit den dortigen deutschen Führern Rührung nehmen soll. Die Kommission, die sich aus den Herren Ministerialdirektor Malsahn, Legationsrat Meyer und Lukaschek, Abg. Dr. Küster (Soz.), Pohlmann (Dem.), Dr. Herschel (Ftr.) zusammensetzt, ist Mittwoch von Berlin abgereist.

Ein neuer Säuberungsplan.

Neuer erfährt, daß von der Interalliierten Kommission ein Plan für die progressive Zurückziehung der Polen und der Deutschen in Oberschlesien entworfen worden ist, der gegenwärtig mit beiden Parteien erörtert wird. Im übrigen ist die Lage unverändert.

3 Milliarden Aufwandschäden.

Die durch den Polenaufstand angerichteten Schäden werden von zehntausend auf mindestens 3 Milliarden Mark geschätzt. Die Schäden erreichen im Industriegebiet täglich eine Höhe von 20 bis 30 Millionen Mark.

Neue Mordtat der Insurgenten.

In der Nacht zum 19. wurden auf der Zarnowitzer Chaussee von Insurgenten zwei junge Deutsche mit Messern ermordet. Die schrecklich verstümmelten Leichen wurden in das Meißner Krankenhaus gebracht, wo sich die Meißner Untersuchungskommission von dem Tatbestand überzeugte.

Schlagwetter-Explosion bei Herne.

Auf der Zeche Mont Genis bei Herne ereignete sich eine große Katastrophe, die durch eine Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion auf der fünften Sohle hervorgerufen wurde. Sie war so gewaltig, daß auch die vierte Sohle durchschlagen wurde und die unterirdischen Grubenbaue auf weite Strecken in Brand gerieten.

Die Verluste, die durch die Schlagwetterkatastrophe auf der Zeche „Mont Genis“ entstanden sind, belaufen sich jetzt endgültig auf 84 Tote und 72 Verletzte, von denen 26 schwer verletzt sind. Sämtliche Verunglückten sind geborgen. Es besteht aber die Möglichkeit, daß weitere Verletzte, die hoffnungslos in den Krankenhäusern der Umgegend darniederliegen, ihren schweren Verletzungen erliegen werden, so daß sich die Zahl der Toten noch erhöhen könnte.

Die Untersuchung

über die Ursache des Unglücks ist noch nicht abgeschlossen, aber mit großer Wahrscheinlichkeit dürften Schlagwetterexplosion mit nachfolgender Kohlenstaubexplosion angenommen werden. Zwei Kommissare des Handelsministeriums haben sich nach dem Schauplatz begeben. Es wird von zuständiger Seite erklärt, daß alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen sind und daß insbesondere die Grubenarbeiter seit zwei Monaten mit der elektrischen Grubenlampe ausgestattet waren.

Die Zeche „Mont Genis“ ist seit 1874 in Betrieb. Es ist das erste Mal, daß die Zeche von einem größeren Unglück heimgesucht wurde.

Die Explosion erfüllte fast das ganze zunächst betroffene Revier, insbesondere die Plätze „Gretchen“ und „Matthias“, während das ebenfalls dort liegende Flöz „Gustav“ weniger in Mitleidenschaft gezogen wurde. Der Explosionsstoß war so heftig, daß er bis in den Hauptwetter-Luftstrom vordrang und von hier aus auch die Nachbarreviere gefährdete. Die auf dieser Sohle sehr starke Wetterzufuhr verdünnte die giftigen Gase derart, daß hier nur eine Reihe in hr oder weniger leichtere Verletzungen entstanden. Dennoch sind auch hier zwei Todesfälle zu beklagen.

Noch ehe die Rettungsmannschaften zur Stelle sein konnten, bemühte sich die alte bergmännische Treue gegen die Kameraden in Not. Es gelang auch auf den von dem Unglück betroffenen Flöz „Gustav“ und auf den Abbaustrecken, eine Reihe bewußtloser und verletzter Krappen lebend zu bergen. Leider sind hierbei einige schwere Gasvergiftungen vorgekommen.

Die sofort alarmierten Rettungstruppen der Zeche subten sofort ein, begannen mit energischer Bekämpfung der ausbre-

menen kleinen Brände und durchsuchten die Reviere nach Verwundeten. Es gelang, einige lebend zu bergen. Inzwischen trafen die Rettungstruppen der umliegenden Dörfer ein und schufen aus Werk, ohne die Gefahren und Schwierigkeiten zu achten. Aus dem Unfallsort sind jetzt sämtliche Verlebte geborgen.

Ein neues Unglück.

Zu allem anderen ist jetzt noch aus bisher unbekanntem Grund in der Kaserne der Jecher „Mont Cenis“ ein großer Brand ausgebrochen, der enormen Schaden angerichtet hat. Alle Wehren der umliegenden Dörfer mußten zu seiner Bekämpfung herbeigerufen werden.

Hölz vor seinen Richtern.

— Berlin, 20. Juni 1921.
6. Tag.

Aus dem Schwurgerichtssaal hat man den Prozeß gegen den Mörderhauptmann Hölz in einen kleinen Schöffengerichtssaal verlegt, den man noch besser vor unbesugtem Zutritt zu der Verhandlung beschützen kann. Die Zeugenaussagen werden fortgesetzt. Der Oberbürgermeister von Eisleben, Dr. Riese, berichtet über die Brandstiftungen und Plünderungen in seiner Stadt, die die Hölzbanden dort angerichtet haben. Der Führer der Eislebener Sipo, ein Major, weiß von einem Gefecht mit Hölz zu berichten, in dessen Verlauf Hölz einen Parlamentär mit der Aufforderung, wenn die Sipo nicht sofort abzieht, so würden die Gefangenen erschossen, zu ihm geschickt hat. Dem Major ruft Hölz höhnisch zu: Ich wünsche dem Prozeß gute Erholung nach den Proletariemorden in Mitteldeutschland.

Der nächste Zeuge, Unterwachtmeister Franke, der betont, daß er nur als Mensch, nicht als Beamter, seine Aussagen mache, berichtet von der drohenden Erschießung, der er und seine Kameraden nach ihrer Gefangennahme auf dem Otto-Schacht durch Hölz ausgesetzt waren, und die von den anderen Kommunisten nur unter großen Schwierigkeiten gegen den Willen des Hölz verhindert wurden. Auch habe er gesehen, daß Hölz auf einen revolutionären Arbeiter geschossen habe, der dann auch zu Boden gestürzt sei.

Auch der Zeuge Schettler, der als Betriebsrat im Otto-Schacht sich der Erschießung der Beamten widersetzt, gibt an, daß er deshalb von Hölz mehrfach mit Erschießen bedroht sei.

Auf Fragen der Verteidiger, ob sich der Zeuge Zigarrenhändler Weyer aus Helbra ihm angeboten habe, Hölz heimlich umzubringen, erklärt Zeuge Kolten, daß Weyer sich ihm angeboten habe, mit einigen Schutzbeamten in Zivil durch die Sperrlinie, die an einer Stelle nur von „zwei dummen Jungen“ bewacht werde, Hölz gefangen zu nehmen. Von umbringen oder ermorden war nicht die Rede.

Unkläglich weiterer Aussagen der Zeugin Olga Richter zur Erschießung des Gutbesizers Heß, die Hölz als im Widerspruch zu früheren Aussagen der Zeugin bezeichnet, kommt es wiederum zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Staatsanwalt und Hölz, der jenen einen genau so unverständlichen Vöner wie alle anderen nennt.

Nach dem Gutachten des Sachverständigen über die in dem Körper des ermordeten Heß vorgefundenen Geschosse handelt es sich um Dum-Dum-Geschosse, die teils von Gewehren, teils von Pistolen herrührten.

Auf Antrag des Justizrats Broh werden zur nächsten Verhandlung am Mittwoch vormittag noch zwei Zeugen, Schutzbeamte aus Magdeburg, geladen.

Der 7. Tag.

— Berlin, 22. Juni 1921.

Am 7. Verhandlungstage gegen Hölz in Moabit kommt es zu einem stürmischen Zwischenfall, wie er selbst in diesem aufgereagten Prozeß

noch nicht vorgekommen ist. Als der Gerichtshof den Antrag der Hölzverteidiger, den Kriminalinspektor Dr. Kopp zu vernehmen, ablehnt, ruft Hölz dem Vorsitzenden die mehr als erregten Worte zu: „Abgelehnt! Natürlich, damit der Schwindel nicht herankommt. Sie Wutrichter! Ihr Brüder habt ja bloß Angst!“ Der Vorsitzende, dessen Geduld sich auch einmal erschöpft, gebietet in höchster Erregung dem Angeklagten Ruhe. Wenn Sie sich nicht endlich vernünftig benehmen, lasse ich Sie fesseln. Sie sind ein ganz unerschämter Pöbel!“ Darauf hält der Angeklagte seine Hände vor und brüllt in den Saal: „Bitte, tun Sie das hier, lassen Sie mich fesseln und bestellen Sie auch gleich den Scharfrichter!“

Hölz wird abgeführt.

Als dann Hölz nochmals die Verhandlungen durch einen ohrenbetäubenden, gebüllten Zwischenruf „Es lebe das revolutionäre Proletariat!“ stört, greift der Vorsitzende zum letzten Mittel und befiehlt den bei der Anklagebank postierten Schutzpolizeibeamten, den Angeklagten abzuführen. Als diese nun den sich sträubenden und schimpfenden Angeklagten nach dem Gefängnisgang im Hintergrund der Anklagebank drängen wollen, springen die Verteidiger von ihren Sitzen auf, einer von ihnen ruft: „Jetzt wird er mich handelt, jetzt geht's los.“ Mit fliegenden Roben stürmen sie aufgeregt hinter den Polizeibeamten her nach dem Gefängnis. Auch der Staatsanwalt schließt sich an. Unter allgemainer Aufregung wird der Verhandlungssaal geräumt.

Berlin, 24. Juni. Nach fast einstündiger Beratung erkannte das Gericht gegen Hölz wegen Hochverrats in Tateinheit mit versuchten und vollendeten Totschlags, wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz und wegen der übrigen Vergehen auf lebenslangliches Zuchthaus und dauernden Verlust des bürgerlichen Ehrenrechts. Hölz verließ den Saal unter dem Ruf: Es kommt der Tag der Freiheit und der Rache. Sie sind hier Zuhälter der Justiz.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 20. Juni 1921.

Nachdem das Gesetz über die deutsch-sinesischen Vereinbarungen bezüglich der Wiederherstellung des Friedenszustandes dem auswärtigen Ausschuss überwiesen worden ist, wird in der Besprechung über den

Fall Garais

fortgefahren. Als erster Redner spricht der Deutsche Abgeordnete Vazille. Er drückt seine Verwunderung darüber aus, daß man sich so lange mit dem Fall Garais beschäftige, während es wichtigere Verhandlungsgegenstände gebe. Der Redner wandte sich in ausführlicher Weise gegen die Linke und insbesondere gegen die Bemühungen der äußersten Linken, in Deutschland die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Er wies den Vorwurf der Interpellanten, daß die Rechte schuld sei an dem Mord an Garais, zurück und betonte, daß in Bayern keineswegs die Freiheit der Gedanken gefährdet sei und man dort nicht gegen die Arbeiter vorgehe, sondern nur gegen die Irreführung der Arbeiter durch gewissenlose Heber. Abg. Vazille wendet sich dann gegen den Reichskanzler Dr. Wirth.

Als beispiellos in der Geschichte bezeichnet er, daß sich ein christlicher Reichskanzler gefunden habe, der die politischen Ziele einer religions- und staatsfeindlichen umstürzlerischen Partei fördere, denn die Rede des Kanzlers sei eine Verbeugung vor der Linken gewesen und habe die Waffen der Revolution geschärft. Der Kanzler habe sonderbarerweise kein Wort der Zurückweisung für die Angriffe der Linken gefunden.

Dem Vorredner tritt der Abg. von Schoß (D. Sp.) bei, der seinerseits ebenfalls betont, daß die Interpellation der Un-

abhängigen politisch ungerechtfertigt sei, wenn sie für den Mord die Parteien der Rechten oder das Ministerium wahr verantwortlich mache. Bis jetzt stehe nur das eine fest, daß der Mörder entkommen sei. Gerade die Rechte habe Interesse daran, daß die Person des Mörders und die Motive seiner Tat aufgedeckt würden. In der Verteilung des Generalstreiks stellt er sich ebenfalls auf den Standpunkt des Vorredners.

Auch der Abg. Hamm (Dem.) führt aus, daß die Tat noch völlig im Dunkel liege. Man habe sogar die Vermutung ausgesprochen, daß der Täter aus den Kreisen der gläubigen Katholiken stamme, da Garais in seiner letzten Versammlung über die Kirche gesprochen habe. Jedenfalls sei Zurückhaltung am Plage und die Behauptungen des Herrn Unterleitners bei der Begründung der unabhängigen Interpellation seien in keiner Weise bewiesen.

Für die Erstarkung des Selbstschutzes, wie überhaupt die ganzen derzeitigen Zustände und Auffassungen in Bayern macht der bayerische Handelsminister Hamm die Revolution verantwortlich, die in Bayern volksfremder war als irgendwo. Er macht aber vor allem dafür die Zeit der Räteherrschaft wie die ganze kommunistische Gefahr innen und außen verantwortlich. So sei es auch mit dem Ausnahmezustand, der dem mitteldeutschen kommunistischen Aufruhr nur noch neue Nahrung gegeben habe. Der Kampf Bayerns gelte vor allem dem empfindungslosen Zentralismus geschäftiger Bürokraten. Redner verurteilt die plumpe Hege gegen die Reichsregierung und ihre Vertreter.

Auf der Flucht vor Remmele.

Nun kommt der Kommunist Remmele zum Wort, und das erste ist, daß die ganze Rechte fluchtartig den Saal verläßt und auch die Regierung ihre sämtlichen Plätze räumt. Von Demokraten und Zentrum bleiben auch nur einige Vorposten und vereinzelte Abgeordnete zurück. Remmele, der „Held“ der „ersten Tötlichkeiten im Reichstage“, wütet in echt kommunistischen Phrasen gegen das „reaktionäre“ Bayern, gegen den Ausnahmezustand, gegen „schlappe“ Haltung der Reichsregierung gegenüber Bayern usw. usw.

— Berlin, 21. Juni 1921.

Nach drei langen Sitzungen mit allerlei unschönen Zwischenfällen konnte der Reichstag gestern abend die Besprechung der Interpellation wegen der Ermordung des Abg. Garais beenden. Drei lange Sitzungen ohne jedes politische Ergebnis. Dafür ist die heutige Tagesordnung notwendigerweise um so umfangreicher.

Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht Präsident Löss das Beileid des Hauses über das Ableben des unabhängigen Abgeordneten Aderhold aus. Der Präsident denkt auch der Opfer des Orubenburgs bei Berner, deren Angehörigen er das herzlichste Beileid des Reichstags ausdrückt.

Der Reichstag genehmigte sodann die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. van den Kerckhoff (Dnat.) wegen Steuerhinterziehung, nachdem die deutsch-nationale Fraktion selbst darum gebeten hat.

Die Ergänzungsprüfung der Sekretäre. Auf der Tagesordnung stehen dann zwei Interpellationen Bruhn (Dnat.) und Stresemann (D. Sp.), sowie ein Antrag Dr. Peterlen (Dem.), Müller-Franken (Soz.), ferner ein Antrag Aderhold (U. S.), die alle die Regierung auffordern, die entgegen dem Beschluß des Reichstages vorgelegene Ergänzungsprüfung für die Sekretäre bei der Ausrückung aus Besoldungsgruppe 6 und 7 wegzulassen zu lassen.

Abg. Laverrenz (Dnat.) begründet die Interpellationen. Obwohl der Reichstag sich einstimmig gegen die Ergänzungsprüfung ausgesprochen habe, habe die Regierung sie eingeführt. Dagegen erheben wir Einspruch. Die berechnete Erregung der Beamenschaft ist sehr groß.

Dreißig oder vierzig Menschen mochten das in dem geräumigen Musikzimmer sein: Damen in ihrer Toilette — helle Kleider in lichtfrohen Farben — Herren in Frack und Uniform

Und Peter von Herstorff stand allein — stand ein wenig abseits von den anderen an den Rahmen der breiten Schiebepforte gelehnt, hörte dem weichen Spiele zu, aus dem so eine frohe Zuversicht, eine so vertrauende Gläubigkeitklang, und sah dabei sinnend und hingenommen von einer unklaren Sehnsucht — von Wünschen, deren glückliche Erfüllung die Zukunft ihm das Leben vielleicht bereinst bot, vor sich hin. Alles, was jung und unverbraucht und werdend in ihm war, gab sich dem Spiele — Herrgott! das ganze wunderbare Leben lag doch noch vor ihm!

Und plötzlich, wie die Töne jetzt ein leises, feines Singen wurden, ein Locken und Einanderfliehen und dann doch Zueinanderfinden und Sichhalten, da mußte er wieder an das Mädchen denken — an Heiß von Merta — derentwegen er doch hergekommen war, und die nun schlief. Ganz scharf sah er das feine kühle Gesichtchen mit dem ein wenig spöttischen Zug um die Augen vor sich, sah das reiche wellige Haar, das braun war und im auffallenden Lichte voll leuchtend roter Fräden schien, und das am Halsansatz über dem kleinen dunklen Hals so feine weiche Wölkchen hatte. Und sah diese federnde, biegsame Gestalt, die immer

Reichsfinanzminister Wirth erklärt, daß er sich der Auffassung des Abministers Freybach gefügt habe. Das Ministerratsbeschlusses, das in den Interpellationen ausgesprochen sei, richte sich nicht gegen die jetzige, sondern gegen die frühere Regierung. Es sei nicht weiteres aufzuleben. Das würden die Abgeordneten als ungerecht empfinden.

Mit der anschließenden Debatte wird ein deutsch-nationaler Antrag verbunden, der die Ausführungen des Reichsfinanzministers als nicht der Meinung des Reichstages entsprechend erklärt.

Während der Unabhängige Braun die deutsch-nationalen für die Sekretärprüfungen verantwortlich macht, hält Abg. Terlinz (Dem.) die Einbringung der Interpellationen für nicht notwendig. Entsprechende Anträge seien zweckmäßiger gewesen.

Abg. Hoefle (Ztr.) fordert Ueberweisung der Angelegenheiten an den Hauptausschuß. Das geschieht auch.

Die Abstimmung über das von den deutsch-nationalen eingebrachte Minutensvotum findet erst morgen statt. Das Abkommen zwischen Deutschland, Polen und Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland wird in 2. und 3. Lesung angenommen, ebenso der deutsch-polnische Amnestievertrag.

Gleichfalls in 2. und 3. Lesung angenommen werden die deutsch-sinesischen Vereinbarungen über die Wiederherstellung des Friedenszustandes, das deutsch-französische Abkommen über die Erstattung der von Elsass-Lothringen geleisteten außerordentlichen Kriegsausgaben und das Abkommen mit den alliierten Hauptmächten über die Festlegung einiger Abschnitte der Grenzen des Saargebietes.

Förderung des Wohnungsbaues.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzesentwurfes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Die Abgabe beträgt 5 Prozent des Nutzungswertes (Mietwert). Die Abgabe soll lediglich zur Förderung der Wohnungsbefahrung und der Siedlung verwendet werden, und sich nur auf Gebäude beziehen, die vor dem 1. Juli 1918 fertig gestellt sind.

Begründung der Vorlage.

Reichsarbeitsminister Braun begründet die Vorlage, die entgegen dem Notgesetz über die vorläufige Förderung des Wohnungsbaues eine wesentliche Verbesserung bedeute.

Die Beseitigung der Wohnungsnot und die Belebung der Bautätigkeit, die nur durch große Vorstöße möglich sei, spreche für die Vorlage. Eine Freigabe des Wohnungsmarktes ist zurzeit noch unmöglich, denn sie würde zunächst einmal die private Bautätigkeit doch nicht fördern, vor allem aber in unsozialer Weise eine unerhörte Steigerung der Mieten heraufbeschwören. Allerdings seien die Mieten noch einer gewissen Steigerung fähig, da sie im Gegensatz zu der sonstigen Steigerung stark zurückgeblieben sind. Die leistungsschwachen Schultern der Bevölkerung werden durch den sogenannten Härte-Paragrafen möglichst von der Abgabe befreit. Der Antrag der Sozialdemokraten, daß öffentliche Bauten nicht in Privateigentum übergeben oder durch Vermietung oder Verkauf ausgenutzt werden können, findet die Zustimmung der Regierung. Der Antrag der Unabhängigen sei dagegen unannehmbar.

Die Regierung erwidert im übrigen um Ausnahme der Vorlage, die die Förderung des Wohnungsbaues und Minderung der Arbeitslosigkeit durch Belebung der Bautätigkeit zur Folge habe.

Abg. Gunkelst (Dnat.): Das Gesetz bedeutet eine ungeheure Belastung des gewerblichen Mittelstandes. Gewerbe und Kleinhandel werden außerordentlich geschädigt. Erst die Freigabe des Bauwesens kann wirksame Abhilfe schaffen.

Abg. Silberschmidt (Soz.): In Deutschland ist der Wohnungsbau noch auf lange Zeit auf öffentliche Bauzustöße angewiesen. Hieraus erwächst dem Staat die Pflicht, den Wohnungsbau gemeinwirtschaftlich zu betreiben. An Mieterkreisen ist gegen den

Der Herr des Codes.

Roman von Karl Rosner.

61 Nachdunkel verboten.

Ueber den Fahrbaum schritt er hin, auf dem vereinzelt erst in der frühen Vormittagsstunde die Equipagen rollten, unhörbar fast auf ihren Gummirädern, daß nur das helle Aufschlagen der trabenden Pferdchufe taktmäßig klapperten, und bog wieder in den Seitenweg, der hier von Kindern und Spaziergängern besetzt war —

Dann trat er aus dem Herbst der Bäume; die Tiergartenstraße lag vor ihm. Und wieder suchten seine Augen und hatten bald ihr Ziel gefunden. Dort drüben, dieses war das Haus des Geheimrats Robert Grävenitz.

Still stand Perez Herrera diesseits der breiten Straße und blickte auf den ernsten Bau. Er sah an den Fenstern hin, hinter denen Spitzenvorhänge niederrannen, seine Augen ruhten auf dem blumengeschmückten Balkon.

Er dachte: ein Haus, in dem ich damals verkehrt — ein Haus, wie ein Dugend andere. Aber hier hat mein Schicksal begonnen —

So — als ein Zuschauer vor einem Stück der eigenen Vergangenheit — sah er, was jener junge Leutnant Peter von Herstorff einst hier erlebte.

Er blickte auf das Haus. Sprichst du zu mir? fragte er sich.

Und leise bewachte er den Kopf. Was er da sah, das war vorbei; war abgetorben und war nirgend mehr verbunden mit seinem neuen Leben.

Eine dunkle Bronzetafel an dem Portal des Hauses fiel ihm auf. Er schritt über die Straße. Auf der Tafel stand ein fremder Name.

Da nickte er. Ihm war es, als ob auch das so sein mußte und nur eine notwendige Bestätigung seines Empfindens wäre. Dann schritt er weiter. Das Ziel, das er vor Augen haben wollte, lag noch vor ihm.

Nach einem Diner im Hause des Geheimrates Grävenitz war das damals gewesen. Er hatte angenommen und war hingegangen, weil er gehofft hatte, daß auch Merta da sein würden, der Oberregierungsrat, der noch ein Juwenelreue des Vaters war, und die noch immer statisch schöne Frau Mat und Heid.

Nun aber hörte er, daß sie infolge eines Unwohlseins des schon seit Jahren kränklichen Rates abgefaht hatten. So war er in den ganzen Kreise eigentlich ein wenig Isoliert.

Im Musikzimmer sah ein bekannter Cellonist an seinem Instrument und spielte. Die junge Dausrau selbst, die heute doppelt reizvoll erschien in ihrer selten mädchenhaften Schlankheit, begleitete kein Spiel am Flügel. Und um die beiden saßen, standen in losen Gruppen die Gäste.

schon sein. Entzünden gewesen war — beim Tennis, wenn sie sich kurz, ausholend zum Schläge bog, und im Tanzsaal und draußen auf dem Eis der Grünwaldseen —

Lauter, voller hoben sich die Akkorde. Peter von Herstorffs Lachschube streiften über den weichen Teppich unter seinen Füßen. Er atmete tief auf.

Wieder zog seine Sehnsucht ziellos hinaus. Und wieder kam es, daß er dann an Heid Merta dachte. —

Sekunden schwieg das Spiel. Er blickte auf. Und wie er diese vielen fühlen Gesichter um sich sah, wurde er rot und hatte ein Empfinden, als wäre er belauscht, — als hätte er sich zu sehr geben lassen —

Eine ansteigende Verstimmung kam über ihn, legte sich wie ein grauer Schleier über seine Träumerei.

Er sah, wie die schöne Frau am Flügel der wohlthätigen Exzellenzfrau mit einem Neigen des Kopfes dankte und dabei doch so unsichere Augen hatte, und er dachte: Warum nur ladet sie sich all diese Reichtümer ein? Und warum dienert sie nur vor der der alten angeputzten Mumie? Und er! Warum nur macht er sich denn nicht auch davon los — schließlich wär's doch nur eine Konsequenz des andern! —

Ein paar ganz leise hippernde Töne und dann ein langgezogener Cellostrich — das Spiel aino weiter.

(Fortsetzung folgt.)

Entwurf das schärfste Mißtrauen vorhanden. Die jetzige Zwangsverwaltung würde bei unveränderter Weiterführung in kurzer Zeit zum Zusammenbruch unseres gesamten Wohnungsbaues führen. Die Frage des Wohnungsmessens kann nur vom Reich durchgreifend gelöst werden.

Der Abg. Marecki (D. Vp.) tritt für die Beschränkung der Sonderbestimmungen für die private Bautätigkeit ein. Bei der Durchführung der Wohnungsreform muß vor allem das Handwerk hinzugezogen werden. Der Redner befragt den Ausbau von Mansardenwohnungen und bittet die Regierung, die rücksichtslos behördlichen Eingriffe in das Privatleben durch Abtreibungen von Wohnräumen einzudämmen.

Der Unabhängige Kuntz hält die Wohnungsnot mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem verknüpft und sieht in dem Kapitalismus die Wurzel allen Übels.

— Berlin, 22. Juni 1921.

Zum Grubenunglück bei Herne ist eine Zentrumsinterpellation eingegangen, zu der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklart, daß über das Grubenunglück bei Herne in den ersten Tagen der nächsten Woche geantwortet werden soll.

Die Vorlage zur Aenderung der Reichsversicherungsordnung geht an den sozialpolitischen Ausschuss, das Gesetz über die Abwicklung von Kriegsgesellschaften an den volkswirtschaftlichen Ausschuss. Eine Vorlage zur Aenderung des Gesetzes über Ein- und Ausfuhr von Kriegsgewehr wird ohne Aussprache angenommen.

Die Vorlage zur Aenderung der Reichsversicherungsordnung geht an den sozialpolitischen Ausschuss, das Gesetz über die Abwicklung von Kriegsgesellschaften an den volkswirtschaftlichen Ausschuss. Eine Vorlage zur Aenderung des Gesetzes über Ein- und Ausfuhr von Kriegsgewehr wird ohne Aussprache angenommen.

Das deutsch-nationale Mißtrauensvotum.

Das von den Deutschnationalen eingebrachte Mißtrauensvotum, die Haltung der Regierung in der Frage der Sekretärprüfungen betreffend, wird mit 67 gegen 210 Stimmen abgelehnt. 45 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof, wobei §§ 1 und 2 debattelos angenommen werden. Auf Antrag des Abg. Graef (Dnat.) wird ein Paragraph 23a eingeschaltet, wonach die Mitglieder des Staatsgerichtshofes, die nicht Berufsrichter sind, vereidigt werden müssen.

Der Gesetzentwurf über die erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit der Beamten wird in 2. und 3. Lesung mit den Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

Ueber einen Antrag der Unabhängigen, eine Untersuchungskommission zum Vergewaltigungslid in Herne einzusetzen, entspinnt sich eine längere Debatte mit dem Ergebnis, daß ein Fünftel des Hauses sich dem Antrag anschließt und die Beratung dann abgebrochen wird.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 2 Uhr: Lohnsteuer, Nachtragsetat, kleine Vorlagen.

Deutsches Reich.

Die Entziehung für Sibirienfriede. Der Abg. Kahl (D. Vp.) hat folgenden Antrag für die Geschäftsordnung des Reichstages eingebracht: Ein Mitglied des Reichstages, das sich den Anordnungen des Präsidenten trotz dreimaliger Aufforderung widersetzt, ist unter Entziehung des Ausweises und der Aufwandsentschädigung auf die Dauer von vier Wochen von dem Recht der Teilnahme an den Sitzungen und dem Betreten des Reichstagsgebäudes ausgeschlossen.

300 Millionen Mark für Siedlungs-zwecke. Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, einen Kredit von 300 Millionen Mark für landwirtschaftliche Siedlungszwecke zur Verfügung zu stellen.

Der Etat der Reichswehr. Aus einem Nachtrag zum Haushalt des Reichswehrministeriums ergibt sich, daß die Befolgung der etatsmäßigen 98 000 Mannschaften und Unteroffiziere einschließlich Orts- und Ainderaufsicht 705 Millionen erfordert. 4479 Offiziere erhalten zusammen rund 557 Millionen Mark. Das Befestigungswesen, das früher in den Etat der Heeresverwaltung einen der größten Posten darstellte, erfordert in der Reichswehr unter dem Titel Winterwesen nur knapp 4 Millionen, für Verkehrswesen und Nachrichtenwesen sind 194,5 und 22 Millionen vorgesehen.

Die erste Schwierigkeit. Gleich bei einem der ersten der angeklagten neuen Steuerentwürfe haben sich große Schwierigkeiten herausgestellt. Als nämlich Dienstag das neue Budgetsteuergesetz im Stenendruck des Reichstages beraten werden sollte, wandte sich die Sozialdemokratie energisch dagegen und setzte schließlich durch, daß seine Beratung vorläufig ausgesetzt wurde. Ein guter Anfang! Es ist dies übrigens in kurzer Zeit der zweite Fall, daß die Sozialdemokratie, die stärkste Regierungspartei, gegen eine wichtige Steuervorlage Opposition macht.

Die religiöse Aindererziehung. Der Rechtsausschuss des Reichstages sprach sich in der Frage der religiösen Aindererziehung für einen von den Abgg. Dr. Kahl (D. Vp.) und Dr. Nabruch (Soz.) eingebrachten Kompromißantrag aus, nach dem über die religiöse Erziehung eines Kindes die Einigung der Eltern bestimmen soll, soweit ihnen das Recht und die Pflicht zusteht, für die Person des Kindes zu sorgen. Die Einigung soll jederzeit widerruflich sein und wird durch den Tod eines Ehegatten gelöst. Die Vermittlung oder Entscheidung des Vormundschaftsgerichts kann beantragt werden. Nach der Vollendung des 14. Lebensjahres soll dem Kinde die Selbstentscheidung darüber zustehen, zu welchem religiösen Bekenntnis es sich halten will. Hat das Kind das 12. Lebensjahr vollendet, so kann es gegen seinen Willen nicht mehr in einem anderen Bekenntnis als dem bisherigen erzogen werden.

Der Reichsrat nahm das Gesetz über die Getreideumlage an; es wird in den nächsten Tagen in Kraft treten.

Der Reichstag nahm am Dienstag abend das Mietsteuergesetz in 2. Lesung mit einigen Aenderungen an.

Im Aelterntenausschuss des Reichstages wurde festgestellt, daß der gegenwärtige Tagungsabstimmungsplan wahrscheinlich am 2. Juli beendigt werden kann. Die Etatsberatung kann erst nach den Sommerferien beginnen.

Der Zentralverband der Kriegsbeschädigten Deutschlands, der gegenwärtig in Detmold tagt, erklärte eine Verschmelzung mit den internationalen Kriegsoffizierverbänden für unmöglich und sprach sich für unbedingte Beibehaltung des Grundsatzes strikter parteipolitischer und religiöser Neutralität aus.

Ausland.

England.

König Georg wagt sich nach Irland. König Georg von England hat sich zur Eröffnung des neuen Unter-Parlamentes nach der für die Engländer so gefährlichen „grünen“ Insel begeben. Zu seinem Empfang sind natürlich in Belfast ganz außerordentliche Vorkehrungen getroffen worden. Alle Personen, die zu dem Festzug zugelassen werden sollen, müssen sich durch Spezialerlaubnis ausweisen. Alle Leute, die an den Straßen wohnen und von ihren Fenstern das Schauspiel ansehen wollen, sind in besondere Listen eingetragen worden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung wurden 11 000 Mann Militär und Polizei aufgeboten.

Die österreichische Nationalversammlung hat mit 98 christlich-sozialen und großdeutschen gegen 62 sozialdemokratische Stimmen die neue Regierung gewählt. Der neue Bundeskanzler Schöber hat für sich und die anderen Mitglieder der neuen Regierung die Wahl angenommen.

Der Völkerverbundrat hat als äußersten Termin, bis zu dem ein Vertrag zwischen Polen und Danzig aufgestellt werden muß, den 31. Juli festgesetzt.

Vor seiner Abreise nach England hat der japanische Kronprinz für die zerstörten Gebiete Belgiens 20 000 Franken gestiftet.

Belgische Blätter melden, daß der König von Bulgarien im Sommer eine Reise nach den alliierten Ländern unternehmen wird. Bei dieser Gelegenheit wird er auch Brüssel besuchen.

Die Angestellten-Versicherung.

Der Reichsarbeitsminister verteidigt sich.

An dem kürzlich vom Reichsrat angenommenen Entwurf des Versicherungs-gesetzes für Angestellte, durch den die Versicherungsgrenze beträchtlich erhöht und auch die Beiträge stark gesteigert werden, demgegenüber die Leistungen der Versicherung aber nur in ungenügender Maße erhöht werden sollen, ist in der Öffentlichkeit und besonders in der Presse sehr scharfe Kritik geübt worden. Gegen diese Vorwürfe sucht sich nun das Reichsarbeitsministerium zu verteidigen. Es schreibt: Die Ausdehnung des Versicherungsschutzes auf Angestellte mit einem Einkommen bis zu 28 000 Mark wurde als zu weitgehend bezeichnet. Die Grenze betrug vor dem Kriege 6000 Mark, sie wurde dann auf 15 000 Mark, nun auf 28 000 Mark erhöht. Auf die Unzulänglichkeit der bisherigen Grenzen wurde von den beteiligten Kreisen immer wieder hingewiesen. Die Erhöhung ist bescheiden, da sie im Durchschnitt noch nicht den Erhöhungen der Gehälter entspricht, sie bedeutet also keine „Sympathie-Regierung“, sondern eine notwendige Anpassung an die sonstigen Steigerungen.

Dann wurden die Leistungen als zu gering im Verhältnis zu den Beitragszahlungen bezeichnet. Gegen Entrichtung von 200

Monatsbeiträgen zu 98,40 Mark, so heißt es, also von 19 680 Mark, wird eine Jahresrente von 3360 Mark gezahlt. Bedenkt man aber, daß die Rente durchschnittlich 10 Jahre läuft, so steht den Einzahlungen von 19 680 Mark eine Auszahlung von 33 600 Mark gegenüber. Dazu kommen aber nach dem Tode des Ruhegehaltsempfängers für die Witwe 1944 Mark jährlich auf Lebenszeit und 672 Mark jährlich für jede Waise, so daß im Durchschnitt für die 19 680 Mark weit über 50 000 Mark gezahlt werden.

Schließlich wendet man sich dagegen, daß durch so hohe Beiträge Milliardenvermögen festgelegt werden. Das Geld liegt tatsächlich zum allergrößten Teil brach, es wird Gemeinden zu industriellen Zwecken (Wasserleitungen, Entwässerungen usw.) verliehen, in Hypotheken angelegt usw. dient also gemeinnützigen Zwecken. Im übrigen kann man auf größere Reserven auch für Zeiten der Not nicht verzichten. Nur durch die großen Rücklagen konnte sich das Gebände der Sozialversicherung im Kriege und nach dem Kriege halten, und ohne sie wären die jetzt zu tragenden Lasten nie aufzubringen.

Besonders in ihrem ersten Teil wird diese Erwiderung wohl kaum die Kritiker überzeugen können. Wer sind die „beteiligten Kreise“, die die „bescheidene Erhöhung der Versicherungsrente“ verlangen? Die davon Betroffenen — und das sind doch wohl die Höchstbeteiligten — sind es sicherlich nicht!

Heimliches.

Nastätten, 24. Juni 1921.

Gerichtspersonalie. Herr Gerichtsassessor Vogel hier ist ab 1. Juli an das Amtsgericht Ehringshausen versetzt.

Vereins-Pferdeschau. Nachdem letztmalig im August 1919 der Pferdezuchtverein des Kreises St. Goarshausen in Himmighofen eine Stuten- und Fohlenschau veranstaltet hatte, hält der Verein seine diesjährige Vereins-Pferdeschau am Sonntag den 10. Juli, vormittags 9 Uhr in Vogel ab. Im Ganzen sind rund 3000 Mark für Preise vorgesehen. Mit der Vereins-Pferdeschau findet die Zuerkennung der Züchterhaltungsprämien für Hengstfohlen (3000 Mk.) u. Stutfohlen (2000 Mark) durch die Landwirtschaftskammer statt. Anmelde-Vordrucke sind sofort von Herrn Direktor Klab-Nastätten anzufordern und bis zum 4. Juli ausgefüllt einzureichen.

Steigerung der Knabengeburt. Die alte Behauptung, daß ein Krieg eine Steigerung der Knabengeburt hervorruft, scheint sich durch die letzten statistischen Veröffentlichungen abermals zu bestätigen. Nach einer Statistik des schäffischen Landesamtes aus dem Jahre 1918 kommen jetzt auf 100 Mädchengeburt 107,57 Knabengeburt, in Preußen und Hessen aber auf 100 Mädchen nicht weniger als 127,3 Knaben gegen 103,46 im Jahre 1910. (Statist. Korrespondenz.)

Wandern! Das Wandern, diese uralte, echt deutsche Sitte kommt wieder in Aufschwung. Die Tatsache ist mit Freude zu begrüßen, denn sie trägt gar sehr zur Wiedergeburt des deutschen Volkes an Körper und Geist bei. Darum hinaus mit Kind und Kegel vor die Stadt, hinaus mit den Freunden in jene köstliche Stimmung, die die grünen Wiesen, die rauschenden Wasser, die prächtigen Baumgruppen und der blaue Himmel bergen. Hinaus mit Ranzen und Wanderstab, frei nach den Vagantenliedern, die der gemütvolle Eichenborst uns gesungen! Weg mit den langen Eisenbahnfahrten, die zudem für immer weitere Kreise unerschwinglich werden! Schusters Nappeln lernen uns die Heimatsscholle mehr erkennen und lieben.

Ruppertshofen, 24. Juni. Auf dem diesjährigen Gaurnterfeste zu Hochheim am Main wurde der Turn-Verein Ruppertshofen mit dem 9. Preis in der I. Stärke-Klasse ausgezeichnet. Am Einzelwettbewerb beteiligte sich Willy Bärz und wurde mit dem 15. Preis in der Unterstufe ausgezeichnet. Gut Heil!

Ragenelbogen, 24. Juni. In den Tagen vom 9. bis 11. Juli ds. Js. begehrt der hiesige Turnverein die Wiederkehr seines Stiftungstages vor 25 Jahren durch eine Reihe festlicher Veranstaltungen. An dem Hauptfesttag, 10. Juli, haben viele Vereine von außerhalb ihr Kommen zugesagt. So dürfen in unsern gastlichen Mauern wieder einige größere Stunden wahrer Zahnarbeit und Turnfreude bevorstehen.

Obertiefenbach, 24. Juni. Der Sportverein 21 Obertiefenbach veranstaltet am 24. Juli 1921 Propaganda-Spiele mit anschließendem Tanzpergungeln im Freien, wozu viele Vereine eingeladen sind. Der Verein ist bemüht, den Zuschauern angenehme Stunden zu bereiten.

Hunzel, 23. Juni. Ein Turnverein wurde hier ins Leben gerufen und gleichzeitig der Anschluß an den Gau Süd-Nassau getätigt.

Oberlahnstein, 24. Juni. Zu dem Ausschuss des Kreisverbandes für Handwerk und Gewerbe, der am Sonntag um 1 Uhr in Oberlahnstein tagt, gehören der Vorstand des Kreisverbandes, sämtliche Vorsitzenden der Innungen und Gewerbe-Vereine, sowie die im Kreise wohnenden Mitglieder der Handwerkskammer und des Zentralvorstandes des Nassauischen Gewerbevereins. Im Verhinderungsfalle der Vorsitzenden sind deren Stellvertreter zu der Sitzung zu entsenden.

Uel, 23. Juni. Dahier wurden einem armen Manne, während er die Schafe hütete und

seine Familie auf dem Felde weilte, 550 Mark in fünfzig Markscheinen aus dem Hause gestohlen. Der Täter legte einen Zettel hin mit dem Vermerk: „Die Zinsen werde ich jährlich entrichten. Ich weiß Deine Adresse. A. Kr.“

Aus Nassau, 24. Juni. Wie von unabhängiger Seite mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen im statistischen Reichsamte über die Ortsklasseneinstufung der Provinz Hessen-Nassau soweit gebiechen, daß die endgültige Entscheidung hierüber Mitte Juli fallen kann.

Radesheim, 23. Juni. (Staatliche Zuschüsse.) Für die leistungsschwachen Gemeinden des Rheingautreises will der Reichstag Zuschüsse zu den erhöhten Kosten für die Unterhaltung der Wege in Höhe von 45 000 Mark jährlich gewähren.

Eltville, 23. Juni. Der Kreistag des Rheingautreises hat sich entschlossen, den von vielen Seiten an ihn herangetretenen Ersuchen Rechnung zu tragen und an der Erhaltung der Kleinbahn von Eltville nach Schlangenbad Interesse zu zeigen. Es wurde genehmigt, daß von Seiten des Kreistages zu dem jährlichen Fehlbetrag von 55 000 Mark ein Zuschuß von 10%, jedoch nicht mehr als 6000 Mark, auf die Dauer von drei Jahren geleistet wird.

Erbenheim, 21. Juni. Bei dem Geschäftsführer der hiesigen Filiale des Konsumvereins Wiesbaden und Umgegend war gestern Revision angemeldet. Als die Kommission erschien, hatte sich der Mann erhängt.

Idstein, 23. Juni. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatten sich nicht weniger als 30 Landwirte aus dem Dorfe Wallrabenstein zu verantworten. Sie sind beschuldigt, etwa 320 Zentner Roggen und Weizen aus der Ernte 1919 für sich verbraucht oder anderweitig verkauft zu haben. Gegen die Landwirte waren seinerzeit Strafbefehle in einer Gesamthöhe von 32 000 Mark ergangen, wogegen sie alle Einspruch erhoben hatten. Zu dem Termin vor dem Schöffengericht waren fünf Sachverständige und mehr als 20 Zeugen geladen. Die Beweisaufnahme kam zu dem Ergebnis, daß die 1919er Ernte in Wallrabenstein eine außerordentlich schlechte gewesen sei und daß die Ernteschadenerhebung sehr mangelhaft ausgeführt wurde. Infolgedessen kam das Gericht zu der Freisprechung aller Angeklagten. Der Amtsanwalt legte gegen das Urteil Berufung ein.

Weilburg, 23. Juni. Wieder abgefaßt wurde der vor einigen Tagen aus dem Gerichtsgangnis in Limburg zum zweiten Male ausgebrochene Zuchthäusler Kirchbaum, und zwar im nahen Odersbach, als er gerade dabei war, wieder einen Einbruch auszuführen. Der unverbeßerliche Spigbube wurde in das Gerichtsgangnis nach Limburg eingeliefert. Hoffentlich hält man ihn nun besser in Verwahr.

Aus aller Welt.

Johannistag. Die Feier des Johannistages ist jetzt wieder neu aufgelebt, auch das Johannistfeuer wird in einzelnen Gegenden wieder angezündet, und die Burschen schwingen die Mädchen durch die züngelnden Flammen. Die Sonntagskinder haben im Johannistag ihren besonderen Glückstag, und wer von ihnen zur Mitternacht auf einem Kreuzweg steht, sieht die Gold- und Silberschätze in der Tiefe der Erde. Die Sonne wendet sich vom 24. Juni ab wieder abwärts auf ihrer Bahn, das die alte Bedeutung, die dem Tag bis heute geblieben ist. Und auf dem Lande begleiten noch heute viele Einsprüche die altüberkommene Feier. Die blühende Natur schickt uns den Duft von Rosen und Jasmin, im süßen Wohlgeruch schweben die Abende und Nächte. Die christliche Kirche hat das uralte Sonnenwendfest in der Germanenzeit der Persönlichkeit Johannes des Täufers unterstellt, dessen Gestalt an der Grenz-scheide der beiden Jahreshälften steht. Wenn es am Johannistage regnet, soll es vier Wochen hindurch regnen. Aber damit steht es ebenso wie mit der Regenlegende des Siebenschläfers.

Heidelbeeren. Die Heidelbeerzeit kündigt sich schon durch die blauen Lippen der Kinder an, denen das beliebte Getränk, Heidelbeeren und Eierkuchen, ein Festessen ist. Die Preise sind freilich auch in diesem Sommer noch nicht niedrig, und die Hausfrau muß sich mit dem Verbrauch einrichten. Der Genuß der Heidelbeeren ist zuträglich, und ebenso auch der des Heidelbeerweins. Nur darf es von letzterem nicht zu viel werden. Auch der Johannistbeerwein hat es in sich, der in kurzer Zeit „gefeltert“ wird. Alle diese Beerenweine sind oft ganz vorzüglich und nehmen es mit einem sauren Kräger mehr als reichlich auf.

Wieder neue Titel. Diesmal bei der Eisenbahn! So seltsam es auch klingen mag, das neue Deutschland ist entschieden titel-eifriger als der Staat von ehemals. So ist es durchaus zu verstehen, daß die Würdienter bei der Eisenbahn, deren Aufgabe es ist, Akten zu besorgen, Besuche anzumelden und dergl. Anspruch auf den Titel „Amtsgehilfen“ erheben, den ihnen nun auch eine huldvolle Eisenbahnverwaltung zugebilligt hat. Aber auch die Weichensteller wollen einen ihrer gesellschaftlichen Position besser angepaßten Titel und wehe dem, der in Zukunft nicht mit dem rechten Zungenschlag den Herrn „Weichenwärter“ so und nicht anders tituliert. Die „Regierungs- und Bau-räte“ heißen jetzt nur noch kurz „Regierungsbau-räte“.

Vermischtes.

* Verhaftung eines der Deubener Bankräuber. Einer der Hauptführer des Bankraubes in Deuben bei Dresden ist von der Dresdener Kriminalpolizei verhaftet worden.

* Große Mehlvorräte verbrannt. Die erst vor einigen Jahren mit allen modernen technischen Einrichtungen erbaute Mühle bei Wigenhausen (Hessen-Nassau) ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

* Ein neuer Schloßeinbruch. Im Schloß Augustenau bei Herleshausen an der Werra wurde ein schwerer Einbruchsdiebstahl verübt.

* Seine eigenen Wächter beraubt und gefesselt. Einen überaus verwegenen Verbrecherstreich, wie er wohl selten vorkommt, führte ein bekannter New Yorker Postträger namens Ray Gardner aus.

* Der Palast des Herodes. Aus Jerusalem wird gemeldet: Bei den Ausgrabungen in Askalon wurde ein Teil des von Herodes dem Großen erbauten Palastes bloßgelegt.

der Gesichtsschreiber Josephus als bewundernswürdig bezeichnet. Es wurden Bildwerke des Apollo, der Venus, einer Viktoria und eines Giganten und eine Statue des Königs Herodes gefunden.

* Der bekannte Schriftsteller Thaddäus Ritter ist in Bad Gastein an Bauchfellentzündung gestorben.

* Verfehlentlich in Freiheit gesetzt. Ein kurzes Freiheitsglück genossen zwei Räuber, die verfehlentlich in Freiheit gesetzt wurden. Diese sauberen Gesellen wurden bald nach einem Einbruch in Haft genommen.

* Einbruch in die Kyburg. Ein verwegenen Einbruch ist in die berühmte Kyburg im Schieferland ausgeführt worden. Dort sind während der Nacht Diebe eingestiegen und haben drei prächtige Gobelins aus dem 17. Jahrhundert, einen Kurfürstendenken mit den Namen der sieben Kurfürsten, zwei Radlokbüchlein mit Elfenbeineinlagen von 1650, eine Steinlochklinke mit Elfenbein- und Perlmuttereinlagen, zwei Dolche und mehrere Distanzierdegen aus dem Siebenjährigen Kriege gestohlen.

* Verwegener Juwelenraub in Paris. Sonnabend früh fuhr ein Automobil, in dem fünf Personen saßen, vor der Juwelenhandlung von Levy vor. Drei Insassen stiegen aus, erbrachen die Schaufenster, bemächtigten sich einer Anzahl Juwelen, stiegen wieder ins Auto ein und fuhren schnell davon.

* Das Schicksal „U-Deutschlands“. Das frühere deutsche Handelsunterseeboot „Deutschland“, dessen berühmte Fahrt unter Kapitän König nach Amerika während des Krieges in der ganzen Welt Aufsehen erregt hatte, ist nunmehr im Kanal nahe der Mündung von Cherbourg versenkt worden.

französischen Kreuzers als Zielscheibe für Schießübungen ausgelegt gewesen war.

* Neue Sinnerzehrungen in London. In und um London sind von den Sinnern wiederum nachts eine Reihe Anschläge verübt worden. An mehreren Stellen griff man die Eisenbahnstationen an, vertrieb die Bahnbeamten und steckte die Signalstationen in Brand.

* Neue Schloßdiebstähle. In das landgräfliche Schloß Herleshausen in Kurhessen, den Wohnsitz des Landgrafen Eitelried von Hessen, wurde ein schwerer Einbruch verübt. Den Einbrechern fielen Silbergegenstände, zumeist Erbstücke von hohem Werte, in die Hände.

* Junisnee. Im Riesengebirge ist Dienstag nacht bei 2 Grad Kälte starker Schneefall eingetreten. Das Gebirge ist bis auf 900 Meter herab vollständig verschneit. In den höheren Lagen des Erzgebirges hat es wiederholt geschneit.

* Viermal zum Tode verurteilt und begnadigt. Der vierfache Mörder Paul Strovaus aus Bernis (Sibirien), der, wie wir seiner Zeit berichteten, in der Nacht zum 15. August v. J. auf bestialische Art seinen betagten Vater, seine beiden Brüder und eine Schwester ermordete und am 16. Oktober vom Schwurgericht in Neuruppin viermal zum Tode verurteilt wurde, ist zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden.

* Gräberfund aus der Bronzezeit. Ein Gutsbesitzer bei Claus-Ruchen in Memel fand beim Pflügen auf Grabstätten, die höchstwahrscheinlich aus der Bronzezeit stammen. In Steinhöhlen, die etwa einen Meter tief sind, fand man Skelette mit Armringen sowie Beile und Lanzenköpfe aus

Bronze. Die Ringe zeigten zum Teil schöne Gravierarbeit. In einer Ecke der steinernen Grabkammer lagen Bernsteinperlen.

* Das Gefängnis als Museum. Mailänder Blätter melden aus Venedig: Das Gefängnis Santo della Paglia wurde kürzlich geräumt und soll in ein Museum umgewandelt werden.

Die Freude am Hausgarten wird oft beeinträchtigt durch das Unkraut. Dagegen gibt es nur ein einziges Mittel, zu säen, und zwar rechtzeitig, bevor diese lästige Plage blüht. Wer sich die Mühe nicht verdriegen läßt, Woche für Woche mit dem Unkraut aufzuräumen, der wird auch seinen Lohn in dem besseren Wachstum und Ertrage der Nutzpflanzen haben.

Handel und Verkehr.

* Der Wiederaufbau des deutschen Weltverkehrs. In der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft führte Staatssekretär im Reichspostministerium Dr. Bredow über den Wiederaufbau des deutschen Weltverkehrs u. a. aus: Der Friedenszustand ist erreicht, bzw. schon überschritten. Die Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen nach neutralen Ländern sind wieder instand gesetzt und vermehrt.

* Saatensstandsbericht Mitte Juni. Die außergewöhnliche Trockenheit im Mai hat auch schon im Juni angehalten, bis der Wettersturz um den 5. und 6. Juni größeren Gebieten die ersehnten Niederschläge brachte. Manche Berichterstatter teilen der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats allerdings mit, daß sie zu spät gekommen seien, um die Erträge der Futterpflanzen noch wesentlich zu beeinflussen.

Was die Winterfrüchte anbetrifft, so hat auf den leichten Böden und den Böden, die in geringer Dungkraft stehen, die Dürre den Stand der Saaten mehr oder weniger beeinträchtigt; weniger hat bisher der Winterweizen unter Trockenheit gelitten. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß der Stand der Winterfrüchte bis auf die erwähnten Ausnahmen als befriedigend bis gut bezeichnet werden kann.

Bekanntmachung.

Ein Unbekannter hat in der Nacht vom 26. auf 27. Mai die auf dem Soldatenheim in Viebrich befindliche französische Nationalflagge herunter geholt. Am folgenden Tage, den 27. Mai, begab sich der Bürgermeister zum Ortskommandanten, um ihm im Namen des Stadtrates sein Bedauern über den tragischen Vorfall auszubringen.

Die neue Flagge wurde durch einen Polizeiergeanten aufgezo-gen, die Ehrenbezeugung wurde durch eine Batterie des in Viebrich einquartierten Artillerie-Regiments erwiesen. In seiner Anrede an den Herrn Ortskommandanten hat der Bürgermeister nochmals öffentlich sein Bedauern und die Entschuldigung des Stadtrates und der Einwohnerschaft, welche mit der Garnison bis heute immer in gutem Einvernehmen lebte, ausgesprochen.

Heugras-Versteigerung.

Samstag, den 2. Juli ds. Js., vormittags 9 Uhr unterhalb Kloster Gronau anfangend, wird das Heugras von 93 Morgen Gronauer Wiesen meistbietend versteigert.

Fürstlich Wiedische Rentei.

Advertisement for household goods including 'Einfach-Apparate', 'Konserven-Gläser', 'Steintöpfe', and 'Cinmachständer' from Kaufhaus SALOMON STERN, Nastätten.

Advertisement for 'Schnitt-Blumen' (cut flowers) by Gärtnerei E. Wölfert, Nastätten.

Ankauf

Advertisement for 'Ankauf' (purchase) of old items, mentioning 'Bernhardt' and 'Medizinische Seifen'.

Advertisement for 'Medizinische Seifen' (medical soaps) including 'Coillette-Seifen', 'Badeseifen', 'Herbaseife', etc.

Advertisement for 'Häckselmaschinen' (chaff machines) by E. Knoche, Nastätten.

Advertisement for 'la. Speise-Eis' (ice cream) by Konditorei Hagel, Nastätten.

Advertisement for 'Heirat' (marriage) services by Nikolaus Heisen, Coblenz.

Raucher!

Advertisement for tobacco products, mentioning 'Tabake' and 'Zigarillos'.

Table listing prices for various tobacco products: Tabake, Zigarillos, Zigaretten, Zigarren.

Advertisement for 'Handlung W. Heuser, Buch bei Nastätten'.

Advertisement for 'Konserven-Gläser' (canning jars) by N. Hübel, Nastätten.

Advertisement for 'Groß- und Kleinviehhalter!' (large and small livestock holders) by Maschinengeschäft J. Deckert, Nastätten.

Schalhalterei - Verein

Advertisement for 'Schalhalterei - Verein' (sheep raising association) in Nastätten.

Advertisement for 'Wochen-Mädchen' (weekly girls) for housework.

Advertisement for 'Arbeiter und Arbeiterinnen' (workers and workers) in the area.

Advertisement for 'Kampf & Spindler' (Kampffabrik) in Nastätten.

Advertisement for 'Kleiderschrank' (wardrobe) for sale.

Advertisement for 'Saarolin' (hair oil) by G. Blutge, Drogenhandlung.

Advertisement for 'Gruben-Sand' (mine sand) for construction.

Advertisement for 'Gruben-Ries' (mine gravel) for construction.

Advertisement for 'Sommerprossen' (summer products) by E. Sternberg, Berlin.